

ASB soll neuen Kindergarten bauen

Parlamentsmehrheit befürwortet Betreuungsangebot in Stephanshausen

Geisenheim. (mg) – Unter Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Stephanshausen hat das Parlament mit großer Mehrheit den Bau eines neuen Kindergartens in diesem Stadtteil und die Vergabe der Trägerschaft an den Arbeiter Samariter Bund (ASB) beschlossen. In einer von der SPD geforderten namentlichen Abstimmung votierte die Mehrheit bei sechs Gegenstimmen aus den Reihen von CDU und FDP mit "ja", einer enthielt sich der Stimme.

Da es bereits der zweite Beschluß für einen neuen Kindergarten ist, drückte sich nicht nur die Skepsis der Zuschauer in der Feststellung aus, daß man es erst glaube, wenn die Bagger rollen. So hatte auch Dr. Heinz-Dieter Molitor (CDU) seinen Redebeitrag beendet. Er zeigte sich vor allem betroffen, daß er mit seiner Forderung nach einem Kindergarten nicht den vollen Rückhalt seiner Fraktion hatte, die schon den ersten Beschluß gemeinsam mit der SPD durch einen Sperrvermerk in Frage stellte. Molitor zog für sich daraus die Konsequenzen, indem er nicht mehr für die CDU bei der Wahl zum Ortsbeirat antritt, sondern auf einer Freien Liste kandidiert.

Gemäß der Magistratsvorlage soll nun eine zweigruppige Kindertagesstätte errichtet werden.

Neubau, Finanzierung sowie der Betrieb soll gemäß einem vorliegenden Angebot an den ASB vergeben werden, mit dem noch ein Betreibervertrag auszuhandeln ist.

Dabei solle die Elternbeiträge denjenigen in den städtischen Einrichtungen entsprechen.

Die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel zum Neubau eines zweigruppigen Kindergartens in Höhe von insgesamt 819.000 Euro können damit entfallen. Im Verwaltungshaushalt sind ab dem Haushaltsjahr 2006 allerdings Mittel für den Betrieb der Kindertagesstätte vorzusehen. Die anteiligen Tilgungsleistungen für den Neubau sind im Vermögenshaushalt zu veranschlagen, zumal das Gebäude am Ende der Vertragslaufzeit in den Besitz der Stadt übergeht.

Der ASB soll auch für die Übergangszeit bis zum Bezug des Neubaus den Kindergarten führen, da die Trägerschaft von Seiten der katholischen Kirche zum Juli gekündigt worden war.

Eine Arbeitsgruppe der Stadtverordneten verhandelt mit dem ASB über den Betreibervertrag, auch um eine kürzere Vertragslaufzeit als die bisher vorgesehenen 33 Jahre zu erreichen sowie ein vorzeitiges Kündigungsrecht und Mitsprache Möglichkeiten.

Die Erlöse für die städtischen Wohnbaugrundstücke im Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Unter dem Hallgarten" und "Mengwies" sollen zur Schuldentilgung verwendet werden. Nach Fertigstellung sollen auch zudem die "Alte Schule" und die alte Kindergarten verkauft werden.

Für den Betrieb des Kindergartens einschließlich Zinsen und Tilgung muß die Stadt künftig 156.000 Euro im Jahr aufwenden.

Notwendigkeit strittig

Während Karlheinz Schulze (SPD) die Notwendigkeit eines Kindergartens vor Ort unterstrich als wichtiges Betreuungsangebot und Begegnungsstätte für die Eltern, bezweifelte Hermann Groß (FDP) dies aufgrund der demographischen Entwicklung.

Ein Kindergarten sei auch das falsche Instrument, um die Geselligkeit im Dorf aufrechtzuerhalten. Er verwies bei seiner Einschätzung auf den neuen Trend der "Landflucht" und die geringen Geburtenziffern. So seien in dem Stadtteil gerade einmal sechs Kinder geboren worden, was einen Kindergartenneubau nicht rechtfertige, zumal es in Johannisberg noch rund 30 freie Plätze gebe. Bis zum Jahr 2020 sei mit einem Rückgang der 3-6jährigen Kinder von 15-20 Prozent zu rechnen. Damit stünden also noch weitere Kapazitäten zur Disposition. Groß mahnte eine Verbesserung der Organisation und damit eine Verringerung der Kosten an, wodurch die Eltern direkt entlastet werden könnten. Er forderte deshalb eine entsprechende Untersuchung zur Kosteneinsparung, um dann auch das Vorschulkindergartenjahr beitragsfrei zu stellen, womit er aber scheiterte.

Auch seine Forderung, vor einem Neubau eine Kostenbeteiligung der Stadt Rüdesheim zu verhandeln, weil angesichts der kalkulierten Gruppengrößen und des neuen pädagogischen Konzeptes des ASB offenbar auf den Besuch von Kindern aus Presberg spekuliert werde, fand keine Mehrheit.

Trotzdem zeigte sich auch Johann Schneider von der CDU skeptisch und sprach sich gegen einen Neubau aus, der einer absehbaren Bevölkerungsentwicklung und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt widerspreche. Dahingegen verteidigte Bürgermeister Manfred Federhen die vorgesehene Lösung, zumal der Kindertagesstättenentwicklungsplan bis zum Jahre 2008 von 37 Kindern in diesem Stadtteil ausgehe. Die Ausführungen von Groß seien auch deshalb falsch, weil die Gruppen in Johannisberg von vier auf drei reduziert worden seien und der Platz für bessere Angebote genutzt werde. Im Übrigen gebe es auch in Presberg einen zweigruppige Kita, weshalb ein Ausweichen nach Stephanshausen kaum realistisch erscheint.

Für die Grünen erklärte Lutz Geschke, daß man zwar prinzipiell gegen neue Baugebiete in Stephanshausen gewesen sei, die nun vorgelegte Lösung für den Kindergarten aber für ein intelligentes Konzept halte, insbesondere wenn es gelinge, die Laufzeit auf 20 Jahre zu verkürzen und damit rund 300.000 Euro an Zinsen zu sparen.

Dr. Heinz-Dieter Molitor (CDU) hielt fest, daß kein anderes Thema so heftig umstritten gewesen sei und er letztlich damit die Basis in der eigenen Fraktion verloren habe. Er unterstrich zugleich die Bedeutung einer Kindertagesstätte vor Ort für ein funktionierendes Gemeinwesen und eine intakte Dorfstruktur, zumal der Stadtteil weit ab vom eigentlich Zentrum der Stadt liege.

Er stellte fest, daß andere Einrichtungen in der Vergangenheit stets bevorzugt behandelt worden seien. Ziel müsse es aber sein, gleiche Bedingungen in allen Stadtteilen zu schaffen. Nur mit einer Kita sei der Stadtteil zukunftsfähig und für junge Familien interessant.